



**Geschäftsführung
Jugendhilfeausschuss**

Frau Wolf

Telefon: (0221) 221 24954

E-Mail: karin.wolf1@stadt-koeln.de

Datum: 22.12.2022

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Freitag, dem 30.09.2022, 08:10 Uhr bis 09:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal **INFEKTIONSSCHUTZ: Aufgrund der Mindestabstände stehen weniger Plätze zur Verfügung. Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an!**

Anwesend waren:

Vorsitzender

Bürgermeister Dr. Heinen, Ralf SPD-Fraktion

Stimmberechtigte Mitglieder

Kessing, Ulrike	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Rudolph, Floris	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Schwanitz, Hans	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (in Vertretung für Herrn Wahlen)
Dr. Schlieben, Nils Helge	CDU-Fraktion
Friedrich, Roman	CDU-Fraktion
Karaağaç, Sercan	SPD-Fraktion
Gümüş, Attila	Fraktion Die Linke.
Schalla, Chantal	FDP-Fraktion
Krücker, Peter	Caritasverband Köln e.V.
Kurbjeweit, Frieder	SJD - Die Falken Kreisverband Köln
Volland-Dörmann, Ulrike	AWO Kreisverband Köln e.V.
Zernikow, Inga	Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Güntert, Christiane	Sportjugend im Stadtsporthund Köln e.V. (in Vertretung für Herrn Braun)
Körfggen, Julia	Evangelische Jugend in Köln (in Vertretung für Herrn Kaven)

Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder

Kleine, Monika	SKF e.V. Köln
Schönhals, Martina	Evangelischer Kirchenverband Köln und Region

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme nach § 5 AG-KJHG, Art.2 KiBiz-Änderungsgesetz sowie der Satzung für das Jugendamt der Stadt Köln

Van Lengerich, Ulrike	Evangelischer Kirchenverband Köln und Region
Riedmann, Heike	Jugendamtseleternbeirat Köln
Zbik, Ronja	Jugendamtseleternbeirat Köln

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner nach §§ 22 bis 23 b der Hauptsatzung

Passavanti, Juliane	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Drießen, Hedwig	entsandt von der Seniorenvertretung der Stadt Köln (in Vertretung für Herrn Schuhmachers)

Sachkundige Einwohnerinnen u. Einwohner mit beratender Stimme (Fraktionen)

Grunert, Uwe	SPD-Fraktion (in Vertretung für Frau Gérard-Post)
Knöller, Celina	CDU-Fraktion
Radke, Johannes	FDP-Fraktion (in Vertretung für Herrn Ozminski)

Vertreterinnen und Vertreter in Köln anerkannter, freier Jugendhilfeträger mit beratender Stimme

Bergmann, Ulrich	Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V.
Horstkotte-Löffelholz, Christoph	Kölner Spielwerkstatt e.V.
Hüttler, Lars	Kinderschutzbund Köln e.V.
Maas, Rabea	anyway e.V. (in Vertretung für Herrn Piger)
Naumann, Bernd	AGOT St. Anna (in Vertretung für Herrn Will)
Peters, Markus	SKM e.V. Köln
Saxler, Hans-Josef	Soziales Zentrum Lino- Club e.V.
Schmitz, Konrad	Kölner Jugendring e.V.
Sin, Mira	Handwerkerinnenhaus Köln e.V.
Wirtz, Markus	Drogenhilfe Köln gGmbH
Dr. Zschke, Wolfgang	Jugendhilfe und Schule e.V. - Jugendladen Nippes Museum

Verwaltung

Voigtsberger, Robert	Beigeordneter für Bildung, Jugend und Sport
Niederlein, Dagmar	Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie

Weitere Vertreter*Innen der Verwaltung

Sanden, Lars	Referent des Beigeordneten (IV)
Wallraff-Becker, Petra	Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung (-512-)
Mießeler, Sascha	Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Allgemeine Verwaltung (-510-)
Heller, Roland	Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abteilung Allgemeine Verwaltung (-510-)

Vertreter*innen der Bezirksschülervertretung

Jakob Rosenberger	BSV
Rahma Laalaoui	BSV

Entschuldigt fehlten

Wahlen, Lars	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Braun, Andrej	Sportjugend im Stadtsportbund Köln e.V.
Kaven, Dominik	BDKJ Erzdiözese Köln e.V.
Kura, Jürgen	Väter in Köln e.V.
Reuther, Bernd	Polizeipräsidium Köln, KK 57
Richter, Lydia	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Scherer-Ohnemüller, Doris	Brücke Köln e.V.
Schuhmachers, Herbert	entsandt von der Seniorenvertretung der Stadt Köln
Buff, Thorsten	Kölner Jugendring e.V.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die anwesenden Teilnehmer*innen und Zuschauer*innen.

Er bittet alle Anwesenden, sich zu erheben und nimmt die **Verpflichtung** mit folgendem Wortlaut vor:

„Ich verpflichte Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.“

Verpflichtet wurden: **Drießen, Hedwig**
Karaağaç, Sercan
Schwanitz, Hans

Als **Gäste** sind anwesend:

- **Herr Mercier** BDKJ
- **Herr Klapheck** Synagogengemeinde Köln
- **Frau Strunk, Frau Benden** Kombia Agentur NRW (Schriftdolmetscherinnen)

Herr Bürgermeister Dr. Heinen benennt die ausliegenden **Tischvorlagen:**

Öffentlicher Teil:

- **TOP 2.1** **0351/2022 (nur die Anlage 4)**
- **TOP 2.1.2** **AN/1719/2022**
- **TOP 2.1.3** **AN/1724/2022**
- **TOP 2.1.4** **AN/1725/2022**
- **TOP 2.1.5** **AN/1731/2022**

Er erklärt, dass der politische Veränderungsnachweis der SPD-Fraktion AN/1731/2022 aus technischen Gründen erst am frühen Morgen in das System eingestellt werden konnte und daher in Papierform umgedruckt auf den Tischen liege.

Er bedankt sich bei der Verwaltung für die konstruktiven Vorschläge, welche bereits im Haushaltplanentwurf Eingang gefunden haben.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen bittet - im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung - noch die nachfolgenden Punkte auf die **Tagesordnung** aufzunehmen:

Öffentlicher Teil:

- **TOP 2.1.2** **AN/1719/2022**
- **TOP 2.1.3** **AN/1724/2022**
- **TOP 2.1.4** **AN/1725/2022**
- **TOP 2.1.5** **AN/1731/2022**

Die Tischvorlagen liegen dieser Niederschrift als **Anlagen 1 - 5** bei.

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.
Eine entsprechend aktualisierte Tagesordnung wurde verteilt.

Er erkundigt sich, ob noch weitere Vorschläge zur Tagesordnung bestehen.
Das ist nicht der Fall.

Es ergibt sich die folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Festlegung der Stimmzähler
- 1.2 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 1.3 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses
 - 1.3.1 Wechsel stimmberechtigtes JHA-Mitglied der SPD-Fraktion
3056/2022

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 2.1 Beratung des Entwurfs für den Doppelhaushalt 2023/2024 sowie der mittelfristigen Finanzplanung
0351/2022
 - 2.1.1 Erster Veränderungsnachweis "Verwaltung" zum Entwurf des Haushaltsplans
2023/2024
2654/2022
 - 2.1.2 Veränderungsnachweis zu Top 2.1 "Beratung des Entwurfs für den Doppelhaushalt
2023/2024 sowie der mittelfristigen Finanzplanung"
AN/1719/2022
 - 2.1.3 zu Top 2.1 - Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2023/24 sowie der Finanzplanung
bis 2027 (Vorlage 0351/2022)
AN/1724/2022
 - 2.1.4 zu TOP 2.1 - Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2023/24 sowie der Finanzplanung
bis 2027 (Vorlage 0351/2022)
AN/1725/2022
 - 2.1.5 zu TOP 2.1 - Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2023/2024 einschl.
mittelfristiger Finanzplanung bis 2027 – hier: Köln als soziale Stadt erhalten – gesell-
schaftlichen Zusammenhalt stärken
AN/1731/2022

3 Schriftliche Anträge aus der Politik

3.1 Frühere Anträge

./.

3.2 Neue Anträge

./.

4 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

4.1 Frühere Anfragen

./.

4.2 Neue Anfragen

./.

5 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

5.1 Frühere Anfragen

./.

5.2 Neue Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Festlegung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden benannt: Frau Kessing, Frau Schalla und Herr Friedrich.

1.2 Persönliche Erklärungen nach § 22 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Persönliche Erklärungen werden nicht abgegeben.

1.3 Mitteilungen zu Personalien des Jugendhilfeausschusses

1.3.1 Wechsel stimmberechtigtes JHA Mitglied der SPD-Fraktion 3056/2022

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

2 Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Beratung des Entwurfs für den Doppelhaushalt 2023/2024 sowie der mittelfristigen Finanzplanung 0351/2022

Herr Bürgermeister Dr. Heinen schlägt vor, die politischen Veränderungsnachweise in der Reihenfolge der Fraktionsgröße zu besprechen.

Frau Kessing bedankt sich und beschreibt, dass die Haushaltsberatungen alles andere als einfach gewesen seien, denn die diesbezüglichen Spielräume seien kleiner, die Risiken, wie beispielsweise die kriegsbedingte Energiekrise, Inflation, Pandemie sowie die Verunsicherungen beispielsweise hinsichtlich der Arbeitsplätze jedoch größer geworden.

Der kommunale Haushalt könne diese Risiken nicht lösen, wohl aber wichtige Signale setzen, wie beispielsweise den Strukturunterstützungsfonds aufzulegen, mit welchem Härten bei den Trägern und Institutionen abgefedert und Strukturen sollen erhalten werden sollen. Hierfür sehe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 5 Mio. Euro pro Haushaltsjahr vor, welche seriös finanziert seien. Sie stellt gleichzeitig klar, dass dieser Haushalt grundsätzlich kein Sparhaushalt sei und bedankt sich, dass die Verwaltung rechtzeitig mit den Planungen begonnen habe.

Sie weist darauf hin, dass die Liga die Thematik der Absenkung der Eigenanteile der Kita-Träger kritisiere, denn es habe der Wunsch bestanden, dass eine Absenkung um 2,4 Prozent mit zusätzlichen Geldern umgesetzt werde. Dieses Ziel werde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geteilt.

Allerdings habe man sich angesichts der Haushaltslage nicht in der Lage gesehen, diese Millionenbeträge zuzusetzen. Jetzt gehe es darum, mit der Verwaltung gemeinsam Lösungen zu entwickeln, wie die bereits zugewetzten Mittel zur Absenkung genutzt werden können.

Sie stellt heraus, dass neben dem Strukturunterstützungsfonds angesichts der Haushaltslage nur einige kleine Akzente gesetzt worden seien. Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seien die „süßen Zitronen“ sowie die Partizipation ein Herzensanliegen. Die Frage der Wasserspielplätze, und wie sie betrieben werden können sei jedoch beispielsweise noch nicht geklärt. Hier müsse weiterhin gemeinsam nach Lösungen gesucht werden.

Sie beschreibt, dass die Verwaltung dem Finanzausschuss einen Vorschlag vorlege, welchen die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Freude zur Kenntnis nehme. Durch die in Aussicht gestellten Bundesmittel können alle im Haushalt 2021/2022 geschaffenen Strukturen gesichert werden. Das betreffe die kulturpädagogischen Facheinrichtungen, das Handwerkerinnenhaus, aber auch das Anyway sowie HennaMond.

Sie dankt allen, die den Prozess kritisch begleitet und zur Lösung beigetragen haben und bittet abschließend um Zustimmung zu den Anträgen sowie dem Haushalt.

Herr Dr. Schlieben schließt sich den Ausführungen von Frau Kessing in allen Punkten an und bestätigt, dass die Kritik am ursprünglichen Haushaltsplan berechtigt gewesen sei. Er begrüßt, dass gemeinsam Verbesserungen erreicht worden seien, und dass sich nun auch die Stadtteilmütter im neuen Haushaltsplanentwurf mit 240.000 Euro wiederfinden. Er lobt, dass geschaffene Strukturen somit weitergeführt werden können und stellt die gute Gemeinschaftsleistung heraus.

Er erklärt, dass die Politik auch die mittelfristige Finanzplanung im Blick behalten werde. Auf die Frage, ob der Unterstützungsfonds von zweimal 5 Mio. Euro ausreichen werde, könne niemand keine Antwort geben, aber er sei immerhin besser als nichts, auch wenn nicht alle Wünsche haben verwirklicht werden können.

Er empfiehlt die Zustimmung zu dem Änderungsantrag und zu dem Haushalt.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen spricht für die SPD-Fraktion und lobt die Ausführungen der beiden Vorredner. Er betont die Wichtigkeit der gemeinschaftlichen Arbeit mit dem Ziel, Strukturen zu erhalten. Er warnt vor der Unsicherheit der Finanzierung, welche in mehreren Punkten bestehe. Das seien zum einen die Energiekosten und zum anderen die Inflation sowie die Tarifsteigerungen.

Für die SPD-Fraktion kristallisiere sich heraus, dass inflationsbedingt mit Steigerungen von 5 Prozent für 2023/24 gerechnet werden müsse. Er regt eine allgemeine Erhöhung der freiwilligen Mittel um 5 Prozent an, welche gegenfinanziert seien. Der Unterschied sei rein quantitativ. Selbstverständlich behalte auch die SPD-Fraktion die mittelfristige Finanzplanung im Blick.

Er stellt klar, dass es hinsichtlich der anstehenden Abstimmung für den Jugendhilfebereich nur um den gelb markierten Bereich in den in Papierform ausliegenden Vorlagen gehe und bittet um Zustimmung.

Herr Gümüs nimmt Bezug auf die aktuellen Krisen wie beispielsweise die Pandemie oder den Krieg in der Ukraine und kritisiert Presse-Aussagen der Verwaltung zu möglichen Gas- oder Stromsperrungen. Er beschreibt, dass die Fraktion Die Linke eine Rücklage für Strom- und Heizkosten in Höhe von 10 Mio. Euro in ihrem VN vorgesehen habe.

Er hebt hervor, dass aus Sicht der Fraktion Die Linke jetzt investiert werden müsse und spricht den Bau neuer Jugendzentren an, um Kinder und Jugendliche in der Krise aufzufangen. Der offene Ganztagsort müsse gestärkt werden. Für die Schulsozialarbeit seien 10 neue Stellen vorgesehen worden. Er fordert ein städtisches Wohnheim für Erzieher*innen und Auszubildende und betont, dass auch die Eltern in diesen Krisenzeiten entlastet werden müssten. Daher sei die Erhöhung der Einschulungshilfe von 100 Euro auf 160 Euro vorgeschlagen worden. Kitagebühren sollten vollständig abgeschafft werden. Er stellt klar, dass der politische Veränderungsnachweis vollständig gedeckt sei und bittet um Zustimmung.

Frau Schalla bestätigt, dass der Haushalt unter schwierigen Bedingungen erstellt worden sei. Auch wenn Fehler vom ursprünglichen Entwurf teilweise ausgebügelt werden konnten, fehle der Respekt vor der Arbeit der Träger. Diese hätten früher mit einbezogen werden sollen. Sie kündigt an, dem Gesamtentwurf des Haushaltes nicht zuzustimmen. Dem Entwurf des Bündnisses werde sie zustimmen.

Herr Bergmann beschreibt die Position der Liga und nimmt Bezug auf die in der vergangenen Woche stattgefundenene Mahnwache, welche die Besorgnis der Menschen in der aktuellen Situation deutlich machen sollte. Er bedankt sich bei Politik und Verwaltung, dass die ursprünglichen Kürzungen korrigiert worden seien. Er betont, dass gerade in dieser akuten Krise die soziale Infrastruktur der Stadt erhalten werden müsse. Dafür werden weitere Entlastungen benötigt. Auch er gehe von Tarifkostensteigerungen von circa 5 Prozent aus, welche gestemmt werden müssen und befürchtet, dass 5 Mio. Euro nicht ausreichend sein könnten.

Hinsichtlich der Kitaträgeranteile ergänzt er, dass es um 451 Kitas mit insgesamt 24.000 Plätzen und 24 Mio. Trägeranteilen sowie auch um den weiteren Kita-Ausbau gehe. Er bedauert, dass offensichtlich die Mittel für die Absenkung um 2,4 Prozent bei den Trägeranteilen fehlten. Das bedeute, dass die Entlastung geringer ausfalle. Er empfindet es als enttäuschend, dass eine weitere Senkung erst ab 2025 geplant sei und erklärt, dass die Liga dem gesamten Haushalt nicht zustimmen, sondern sich enthalten werde.

Frau Riedmann schließt sich den Ausführungen an, bemängelt jedoch, dass zu wenig an die Perspektive der Eltern gedacht worden sei. Die Entgelte für Mahlzeiten seien gestiegen. Hinzu kämen Anstiege der Lebenshaltungskosten wie beispielsweise der Miete. Sie beschreibt, dass Menschen mit geringem Einkommen sich die wesentlichen Dinge nicht mehr leisten könnten. Stadtteile mit einer hohen Armutsrate gerieten in eine Armutsspirale. Das gehe zu Lasten der Kinder. Es gebe zwar die Möglichkeit, das BuT-Paket in Anspruch zu nehmen, aber selbst damit könnten die Eltern die Kosten für ihre Kinder nicht mehr bezahlen.

Zusätzlich kämen Betreuungszeitkürzungen, kurzfristige Ausfälle sowie 2 zusätzliche Entlastungstage hinzu, so dass berufstätige Eltern noch mehr belastet seien. Hier wünscht sie sich Lösungen und weist abschließend darauf hin, dass gerade Kinder von Alleinerziehenden sowie Kinder mit Integrations- oder Inklusionsbedarf größere Anstrengungen unternehmen müssten, um die gleichen Startchancen zu erhalten.

Herr Schmitz bedankt sich für die kollegiale Zusammenarbeit bezüglich der Haushaltskonsolidierung. Die Diversität der Angebote könne aufrechterhalten werden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Anregungen der Bezirksvertretungen zu dem Haushaltsplanentwurf der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat die Annahme des von der Verwaltung durch die Veränderungsnachweise fortgeschriebenen Entwurfs für den Doppelhaushalt 2023 / 2024 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bis 2027 für den Bereich der Jugendhilfe.

Geänderter Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt gemäß den politischen Veränderungsnachweisen AN/1724/2022 (TOP 2.1.3) sowie AN/1725/2022 (TOP 2.1.4) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion sowie Volt.

Abstimmungsergebnis:

- 8 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), CDU-Fraktion (2), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- 5 Enthaltungen: SPD-Fraktion (2), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1)
- 2 Ablehnung: Fraktion Die Linke. (1), FDP-Fraktion (1)

Mehrheitlich zugestimmt.

Frau Güntert stimmt stellvertretend ab für Herrn Braun (Sportjugend Köln e.V.)

Frau Körfgan (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

**2.1.1 Erster Veränderungsnachweis "Verwaltung" zum Entwurf des Haushaltsplans 2023/2024
2654/2022**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**2.1.2 Veränderungsnachweis zu Top 2.1 "Beratung des Entwurfs für den Doppelhaushalt 2023/2024 sowie der mittelfristigen Finanzplanung"
AN/1719/2022**

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die markierten Abschnitte des beigefügten Veränderungsnachweises der Fraktion DIE LINKE zum Doppelhaushalt 2023/ 2024.

Im Begründungstext sind die relevanten Abschnitte ebenfalls markiert.

Abstimmungsergebnis:

- 1 Zustimmung: Fraktion Die Linke. (1)
- 9 Enthaltungen: SPD-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- 5 Ablehnungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), CDU-Fraktion (2)

Mehrheitlich abgelehnt.

Frau Güntert stimmt stellvertretend ab für Herrn Braun (Sportjugend Köln e.V.)

Frau Körfgan (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

**2.1.3 zu Top 2.1 - Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2023/24 sowie der Finanzplanung bis 2027 (Vorlage 0351/2022)
AN/1724/2022**

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt ergänzt:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Anregungen der Bezirksvertretungen zu dem Haushaltsplanentwurf der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat die Annahme des von der Verwaltung durch die Veränderungsnachweise fortgeschriebenen und **gemäß der beigefügten Anlage geänderten** Entwurfs für den Haushalt 2023/24 sowie der Finanzplanung bis 2027 für den Bereich der Jugendhilfe.

Abstimmungsergebnis:

- 9 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- 5 Enthaltungen: SPD-Fraktion (2), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1)
- 1 Ablehnung: Fraktion Die Linke. (1)

Mehrheitlich zugestimmt.

Frau Güntert stimmt stellvertretend ab für Herrn Braun (Sportjugend Köln e.V.)

Frau Körfgan (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

2.1.4 zu TOP 2.1 - Beratung des Entwurfs für den Haushalt 2023/24 sowie der Finanzplanung bis 2027 (Vorlage 0351/2022) AN/1725/2022

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung zum Entwurf für den Haushalt 2023/24 sowie der Finanzplanung bis 2027 wird wie folgt ergänzt:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, die Verwaltung mit folgenden Begleitaufträgen zur Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Stadt Köln für die Jahre 2023/24 zu beauftragen:

1. Zahlreiche Träger, Vereine und Institutionen, die für die Stadt freiwillige kommunale Leistungen erbringen, sind mit steigenden Personal- und Energiekosten im Zuge des Ukraine-Krieges konfrontiert. Um diese Mehrbelastungen im Rahmen bestehender Förderungen zielgerichtet abzumildern, stellt der Rat der Stadt in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 einen Betrag von jeweils 5 Mio. Euro zur bedarfsorientierten Aufstockung entsprechender Förderungen zur Verfügung.
Die Verwaltung wird beauftragt die Mittel auf die betroffenen Fachbereiche aufzuteilen sowie ein administrierbares Vorgehen zu entwickeln, mit dem betroffene Institutionen per Antrag zusätzliche Förderungen zur Teilkompensation dieser Kostenentwicklung erhalten können. Es ist sicherzustellen, dass die zusätzlichen Fördermittel grundsätzlich subsidiär zu strukturerhaltenden Fördermitteln bzw. anderweitigen Hilfen des Bundes oder Landes und für erhöhte Personal- und Energiekosten eingesetzt werden sowie einem nachträglichen Verwendungsnachweis unterworfen werden. Dabei sind auch Maßnahmen zur Energieeinsparung zu benennen.
2. Im Haushalt 2022 wurden bereits Mittel mittelfristig zugesetzt, um die Träger beim Betrieb der Kitas zu entlasten.
Ab dem Jahr 2025 soll der Trägeranteil um weitere 1,5 % mittelfristig gesenkt werden.

Abstimmungsergebnis:

- 9 Zustimmungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- 5 Enthaltungen: SPD-Fraktion (2), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1)
- 1 Ablehnung: Fraktion Die Linke. (1)

Mehrheitlich zugestimmt.

Frau Güntert stimmt stellvertretend ab für Herrn Braun (Sportjugend Köln e.V.)

Frau Körfgan (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

**2.1.5 zu TOP 2.1 - Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2023/2024 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2027 – hier: Köln als soziale Stadt erhalten – gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
AN/1731/2022**

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Haushaltssatzung wird wie folgt geändert bzw. ergänzt:

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, die Verwaltung mit folgenden, **gelb markierten** Begleitaufträgen zur Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan der Stadt Köln für die Jahre 2023/2024 zu beauftragen, soweit die nachfolgend zur Veränderung beantragten Positionen seit der Einbringung des HH-Plans am 17.08.2022 nicht bereits durch verwaltungsinterne Veränderungen erledigt sind:

- 1.) Der Ausschuss beschließt den beigefügten Veränderungsnachweis zum Haushalt 2023/2024 (Anlage 1, gelb markierte Bereiche).
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, einen Härtefallfonds zu gründen und mit mindestens 7,5 Mio. € zu bewirtschaften, aus dem alle Einwohner*innen Kölns, die nicht unmittelbar Kund*innen der RheinEnergie sind, finanzielle Hilfen zu ihren gestiegenen Energiekosten beantragen können.
Die Regelungen und Konditionen für den von der RheinEnergie für ihre unmittelbaren Kunden bewirtschafteten Härtefallfonds sollen bei der Umsetzung der städtischen Lösung entsprechend berücksichtigt werden.
- 3.) Die Verwaltung wird beauftragt, für Energiezuschüsse an gemeinnützige Träger, Vereine, Kleinunternehmen (z.B. der Kultur- und Kreativwirtschaft) und/oder sonstige Institutionen einen Hilfsfonds mit HH-Mitteln in Höhe von mindestens 7,5 Mio.€ zu bewirtschaften, aus dem diese finanzielle Hilfen beantragen können, wenn sie aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere durch die Preissteigerungen für Energie existenziell gefährdet sind. Das notwendige Antragsverfahren samt der anzulegenden Kriterien wird von der Verwaltung entwickelt und im kommenden Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.
- 4.) Die Verwaltung wird beauftragt, alle Förderungen in den Bereichen Soziales, Kultur, Jugendhilfe, Sport und Integration um 5% zu erhöhen, um die in den kommenden 2 Haushaltsjahren erwarteten Kostensteigerungen für Personal und Energie auszugleichen.
- 5.) Die Verwaltung wird beauftragt, HH-Mittel für die Planung und Errichtung von zwei weiteren Schwimmbädern – je 1 Schwimmbad rechts- und 1 linksrheinisch– und für die Sanierung der Lehrschwimmbekken im HH-Plan 2023/2024 vorzusehen.
- 6.) Die Verwaltung wird beauftragt, im Stellenplan 2023/2024 zum HH-Plan 2023/2024 dafür zu sorgen, dass für jede Schule mindestens 1 Stelle für die Schulsozialarbeit eingerichtet ist sowie auskömmliche Stellenzusetzungen im Bereich der Wohngeldstelle, der interdisziplinären, aufsuchenden Hilfen, z.B. Streetwork und gem. des Zusatzantrags Integrationsrat v. 20.09.2022 vorzunehmen.
- 7.) Die Bezirksorientierten Mittel werden um 5 % erhöht und fortgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

- 4 Zustimmungen: SPD-Fraktion (2), SJD - Die Falken Kreisverband Köln (1), Sportjugend Köln e.V. (1)
- 6 Enthaltungen: Fraktion Die Linke. (1); FDP-Fraktion (1), AWO Kreisverband Köln e.V. (1), BDKJ Erzdiözese Köln e.V. (1), Caritasverband Köln e.V. (1), Der Paritätische NRW Kreisgruppe Köln e.V. (1)
- 5 Ablehnungen: Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (3), CDU-Fraktion (2)

Mehrheitlich abgelehnt.

Frau Güntert stimmt stellvertretend ab für Herrn Braun (Sportjugend Köln e.V.)

Frau Körfgen (Evangelische Jugend in Köln) stimmt stellvertretend ab für Herrn Kaven (BDKJ Erzdiözese Köln e.V.).

3 Schriftliche Anträge aus der Politik

3.1 Frühere Anträge

Frühere schriftliche Anträge aus vorangegangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses liegen nicht vor.

3.2 Neue Anträge

Neue schriftliche Anträge werden in dieser Sitzung des Jugendhilfeausschusses nicht gestellt.

4 Schriftliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

4.1 Frühere Anfragen

Frühere Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe liegen nicht vor.

4.2 Neue Anfragen

Neue schriftliche Anfragen werden in dieser Sitzung des Jugendhilfeausschusses nicht gestellt.

5 Mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe

5.1 Frühere Anfragen

Frühere mündliche Anfragen aus der Politik und von ausschusszugehörigen Trägern der Jugendhilfe liegen nicht vor.

5.2 Neue Anfragen

Frau Riedmann weist darauf hin, dass ab 2026 ein Rechtsanspruch auf den offenen Ganzttag bestehe. Dies sei im Hinblick auf den aktuellen Fachkräftemangel eine zeitliche Herausforderung. Sie äußert den Wunsch nach Beteiligung und Information, wie der offene Ganzttag im Sinne von demokratischer Mitwirkung der Eltern, Standards der Jugendhilfe und Beteiligung der Kinder ausgestaltet werden könne.

Herr Beigeordneter Voigtsberger bekräftigt, dass Frau Riedmann ein wichtiges Thema angesprochen habe, welches die Kommune stark beschäftige. Er erläutert, dass diesbezüglich enorme finanzielle Herausforderungen anstünden.

Auf Bundes- und Landesebene werde derzeit an den Verwaltungsvereinbarungen gearbeitet, welche in ein Ausführungsgesetz münden würden.

Er ergänzt, dass bereits seit längerer Zeit eine verwaltungsinterne Task Force insbesondere im Hinblick auf Personalplanungen und Mindeststandards installiert sei, und hierzu zeitnah sowohl im Jugendhilfeausschuss wie auch im Ausschuss für Schule und Weiterbildung berichtet werde.

Gez. Vorsitzender Dr. Ralf Heinen

Gez. Schriftführung Karin Wolf